

Schweiz

Der Beamte des Diktators

Er war das Ziel der Auftraggeber von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder: Wiktor Chrapunow. Kasachstan will seinen Kopf. Zu Recht? Ein Porträt.

Luca De Carli
Genf

«Wie ist der Stand im Verfahren gegen Wiktor und Leila Chrapunow?» Das wollen Christa Markwalder und vor allem ihre kasachischen Auftraggeber, die für sie die Interpellation geschrieben haben, vom Bundesrat wissen. Das inzwischen geschiedene Ehepaar lebt seit 2007 in Genf. Auf der Flucht vor dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew, der ihnen nach dem Leben trachte, sagt Wiktor Chrapunow. Weil er, der zwei Jahrzehnte lang sehr hohe Ämter innehatte, Millionen gestohlen habe, sagt Kasachstan und hat 2012 ein Rechtshilfesuch in der Schweiz eingereicht.

In Genf läuft deshalb ein Verfahren wegen Geldwäscherei. Zweimal reisten im letzten Jahren kasachische Ermittler an, wie der zuständige Staatsanwalt bestätigt. Grosse Fortschritte habe es bislang nicht gegeben. Ein Auslieferungsgesuch Kasachstans lehnte die Schweiz laut dem Bundesamt für Justiz 2014 ab.

Zum Gespräch bittet Chrapunow an nobler Adresse. Im Büro seines Anwalts wartet auch ein Sprecher. Genf hat dem Kasachen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt, er wird pauschal besteuert. Auf gegen 70 Millionen Franken wurde das Vermögen der Familie beim Eintreffen des Rechtshilfesuchs geschätzt. Zwei Drittel davon sind Immobilien, die teilweise mit Hypotheken belegt sind. Chrapunow bestreitet die Zahl nicht. Er und seine Exfrau bezahlen in Genf Steuern von je 280 000 Franken pro Jahr. Laut Chrapunow übernimmt Leila alles – auch seine Unterhaltskosten. Er besitze nichts, nicht einmal ein Schweizer Konto. Ihr Vermögen habe Leila legal erwirtschaftet. Sie war seine zweite Ehefrau. Schon reich und als Unternehmerin in Kasachstan berühmt, als sich die beiden in den 90er-Jahren fanden.

Die Raubzüge der Mächtigen

Der ethnische Russe, dessen Vorfahren seit Generationen in Kasachstan leben, kommt aus einfachen Verhältnissen, wie er in seiner Autobiografie schreibt. Ihr Stil erinnert an einen Sozialismus-Roman. Chrapunow beschreibt sich als frühreifen Fünfjährigen, den das magere Angebot der Dorfbibliothek enttäuscht. Später als Chrapunow, der vor nichts zurückschreckt. Übernimmt er einen Posten, wird «Tag und Nacht gearbeitet».

Chrapunow macht Karriere, schon zur Zeit des Kommunismus und vor allem nach dem Ende der Sowjetunion. Er erzählt, wie sich um ihn herum die Mächtigen die Schätze Kasachstans unter den Nagel reissen. Vor allem der Clan des Präsidenten. «Ich habe nie etwas genommen», sagt Chrapunow. «Ich war als Minister zuständig für Elektrizität und Kohle, aber mir gehört kein einziges Kraftwerk. Ich war Bürgermeister von Almaty, und mir gehört dort kein Haus.»

Die kasachische Justiz sieht das anders. Als Bürgermeister der Grossstadt habe er Partner bevorteilt, Konkurrenten



Wiktor Chrapunow, hier 2012 in Genf, ersucht die Schweiz um politisches Asyl. Foto: Alexander Roth-Grisard (PD)

um Millionen gebracht, sich am Verkauf von öffentlichen Gebäuden bereichert. «Lügen», sagt Chrapunow. Er habe gegenüber der Staatsanwaltschaft alles offengelegt. Die Genfer Behörden sagen, «das Ehepaar kooperiert».

Dafür, dass Nasarbajew ihn ausschalten will, hat Chrapunow zwei Erklärungen. 2007 heiratete sein Stiefsohn die Tochter des schwerreichen Mughtar Ablyasow, damals Besitzer von Kasachstans grösster Bank, die inzwischen verstaatlicht wurde. In Kasachstan, wo familiäre Verbindungen über Aufstieg oder Fall entscheiden, eine heikle Affäre für den Präsidenten – Kapital- und Politwissen vereint in einem Clan. Sofort sei er, damals Minister, auf der Abschlusliste gelandet, sagt Chrapunow. Er habe entschieden, das Land zu verlassen – in Richtung Genf. Ablyasow flüchtete zwei Jahre später und sitzt heute in Frankreich in Auslieferungshaft. Er soll Milliarden abgezweigt haben. Auch in Frankreich setzt Kasachstan auf prominente Helfer – etwa Jacques Attali, lange Jahre Berater von Staatspräsident François Mitterrand.

Im Exil ist Chrapunow zu einem lautstarken Kritiker Nasarbajews geworden. Er beschreibt ihn heute als «Despoten», der nichts und niemanden neben sich dulde. Dennoch hat er als «Beamter», wie er sich nennt, das Regime fast zwei Jahrzehnte mitgetragen. Er habe zu lange nicht realisiert, wer Nasarbajew wirklich sei, so seine Erklärung.

Bis 2010 sei er von Kasachstan in der Schweiz in Ruhe gelassen worden, sagt Chrapunow. Dann der Skandal, seine zweite Erklärung: Es wird publik, dass Dinara, die Tochter des Präsidenten, zusammen mit ihrem Gatten Timur Kuliba-

jew eine Villa in einem Genfer Vorort gekauft hat – für fast 75 Millionen Franken. Die Genfer Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen wegen Geldwäscherei auf. Ende 2013 wird das Verfahren eingestellt. Es wird öffentlich, dass es auf Dokumenten, die Ex-Banker Ablyasow eingereicht hatte, basierte.

Bespitzelt und gehackt

Nach dem Villenskandal seien er und seine Familie beschattet worden, sagt Chrapunow. Im Auto der Tochter fand sich ein GPS-Sender, sein Computer sowie jener des Anwalts und des Sprechers wurden gehackt. Spezialisten der Bundespolizei hätten die Existenz des Virus bestätigt. Alle drei reichten Anzeige ein. In Kürze erwarte die Bundesanwaltschaft einen Bericht, der zeigt, ob es eine Verbindung zu Kasachstan gibt. Die Behörde will sich dazu mit Verweis auf das Amtsgeheimnis nicht äussern.

Ebenfalls 2010 erschienen in der Schweiz Artikel, in denen das Vermögen Chrapunows thematisiert wurde. Die Zeitschrift «Bilan» führte ihn mit 300 bis 400 Millionen Franken in ihrer Reichtumsliste. Eine Fantasiezahl, sagt er. Die kasachische Justiz habe die Artikel aber zum Anlass für Ermittlungen genommen. Sie seien gezielt platziert worden. Beweise dafür gibt es nicht.

Jedoch für die massive PR-Offensive Kasachstans gegen Chrapunow in der Schweiz – nicht erst seit dem Fall Markwalder. Die Ausgaben betragen inzwischen mehrere Millionen. Sicher ist das Engagement der Kanzlei Homburger, des privaten Nachrichtendienstes Arcanum, der PR-Agentur Burson-Marsteller sowie von Ex-Botschafter Thomas Borer.

Hier schliesst sich der Kreis zwischen Präsidentenschwiegersohn Kulibajew und Asat Peruaschew. Jenem angeblichen Oppositionellen, der Markwalder via Burson-Marsteller zu ihrem Vorstoss anstiftete. Chrapunow kennt beide. Peruaschew sei jahrelang der Handlanger von Kulibajew gewesen – ehe er an der Spitze der Pseudo-Oppositionspartei Ak Schol installiert wurde. Zwei Tage vor Amtsantritt sei Peruaschew noch Mitglied der Präsidentenpartei gewesen.

Allerdings weiss auch Chrapunow zu lobbyieren. Er hat einen Antrag auf politisches Asyl eingereicht, der derzeit in Bern geprüft wird. Zur Seite steht ihm neu der Genfer FDP-Nationalrat Christian Lüscher. Nur als Anwalt, sagen Lüscher und Chrapunow. Den Fehler, einen Vorstoss im Namen seines Klienten einzureichen, begibt Lüscher nicht. Anders als im Jahr 2013 Parteikollegin Markwalder oder 2014 SVP-Nationalrat Christian Miesch für die Gegenseite.

Seit 2014 wird auf Antrag Kasachstans auch in den USA gegen Chrapunow ermittelt. Die Kinder besitzen dort zwei Villen im Schätzwert von gegen 10 Millionen Franken. Die Gegenseite wirft Chrapunow vor, Geld aus der Schweiz wegzuschleppen. Auffallend ist auch, dass 2012 im Firmenregister bei mehreren Gesellschaften die Namen von Exfrau Leila und Stiefsohn Ilijas (Mitglied der Genfer CVP) als Besitzer gelöscht wurden. Chrapunows Begründung: das Geld. Seit dem Start der Ermittlungen sei das Geschäftsklima für seine Familie in der Schweiz schwierig geworden. Die Firmen seien deshalb verkauft worden – unter Wert. Die Genfer Staatsanwaltschaft habe alles kontrolliert. Alles sei korrekt abgelaufen.

Wirtschaftsbeziehungen

Rohstoffe aus Kasachstan

Die Schweiz und Kasachstan arbeiten im Währungsfonds eng zusammen. Auch der Erdölhandel spielt eine Rolle.

Anja Burri

Die Lobbyaffäre um FDP-Nationalrätin Christa Markwalder rückt auch die Beziehungen der Schweiz zu Kasachstan in den Fokus. Das autokratisch regierte Land und die Schweiz verbinden hauptsächlich zwei Interessen: die Zusammenarbeit im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank sowie Rohstoffe. Kasachstan gehört seit rund fünf Jahren zur Stimmrechtsgruppe, die auch Helvetistan genannt wird. Im Exekutivrat des IWF vertritt die Schweiz sieben Länder wie Aserbeidschan oder Turkmenistan. Ab 2016 teilt sie sich diese Aufgabe mit Polen.

Die Schweiz unterhält zu allen Mitgliedern der Stimmrechtsgruppe gute Beziehungen. In den armen Ländern Tadschikistan und Kirgistan spielt sie in der Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutende Rolle und gehört zu den wichtigsten Geldgebern. Bei Kasachstan stehen die normalen wirtschaftlichen Beziehungen im Vordergrund. «Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten haben sich gut entwickelt, und es besteht bedeutendes Potenzial», schreibt das Auswärtige Departement (EDA) auf seiner Website. Rund 40 Schweizer Unternehmen hätten sich in Kasachstan niedergelassen. 2009 eröffnete die Schweiz in der kasachischen Hauptstadt Astana eine Botschaft.

Die Schweiz exportiert Chemie- und Pharmaprodukte und Präzisionsinstrumente. Kasachstan belegt auf der Rangliste der wichtigsten Abnehmer der Schweiz Rang 67. Aus Schweizer Sicht wichtiger ist der Import: Dank seiner Erdgas- und Erdöllieferungen belegt Kasachstan auf der Länder-Rangliste der Einfuhren Platz 32. Mit einem Anteil von 20 Prozent ist es der dritt wichtigste Rohöl-Lieferant der Schweiz. Nur aus Libyen (30 Prozent) und Nigeria (22 Prozent) kam 2014 mehr Rohöl. Nach Schätzungen der Erklärung von Bern werden zudem 60 bis 70 Prozent des gesamten kasachischen Rohöls über Firmen gehandelt, die in Genf ansässig sind.

Die Schweiz bemüht sich mit den anderen Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) schon länger um ein Freihandelsabkommen mit Russland, Weissrussland und Kasachstan. Die drei Länder bilden eine Zollunion. Nach Ausbruch des Ukraine Konflikts wurden diese Verhandlungen aber bis auf weiteres aufgeschoben.

Lobbying

Kasachischer Politiker lud Nationalräte ein

Nationalrat Walter Müller liess sich eine Reise nach Kasachstan zahlen. Später trafen sich Nationalräte mit den Kasachen in Bern.

Markus Brotschi
und Martin Wilhelm

Interessenvertreter Kasachstans hatten es nicht nur auf Christa Markwalder abgesehen. Die FDP sei vor einigen Jahren offiziell von kasachischen Politikern um Unterstützung gebeten worden, sagte Parteipräsident Philipp Müller am Donnerstagabend an einem Podium in Zürich. Daran habe er sich erinnert, nachdem der Fall Markwalder publik geworden sei. Damals sei man nach parteiinternen Abklärungen zum Schluss gekommen: Hände weg. Markwalder sei über den Tisch gezogen worden, sagte Müller weiter, er könne sich den Fall nur so erklären. Alle FDP-

Politiker haben den Avancen aus Kasachstan allerdings nicht widerstanden, wie nun auch der Fall des St. Galler Nationalrats Walter Müller zeigt. Laut einem Bericht der NZZ hat er vom 18. bis 22. Mai 2014 an einer Reise in die kasachische Hauptstadt Astana teilgenommen. Dabei war auch Christian Miesch (SVP), Sekretär der parlamentarischen Gruppe Schweiz - Kasachstan. Der Baselbieter war 2011 abgewählt worden und rückte im August 2014 wieder in den Nationalrat nach.

Für Müller und Miesch war die Reise kostenlos. Die Rechnung von insgesamt 60 240 Franken wurde laut NZZ von Asat Peruaschew bezahlt, dem Chef der regierenden Partei Ak Schol. Die ursprünglich vereinbarte Beteiligung von je 1000 Franken sei nie verrechnet worden, weil das Budget nicht ausgeschöpft worden sei. Gemäss einer schriftlichen Empfehlung der Ratspräsidenten sollten eidgenössische Parlamentsmitglieder Einladungen zu Reisen nur annehmen,



Asat Peruaschew (hintere Reihe, 3. v. r.) an der Gegeneinladung in Bern. Foto: PD

wenn sie die Reisekosten selber tragen. Organisiert wurde die Reise von der PR-Agentur Burson-Marsteller. Deren Lobbyistin Marie-Louise Baumann sollte eigentlich sechs bis acht Parlamentarier für die Reise nach Kasachstan gewinnen, teilnahm nur ein amtierender Nationalrat: Walter Müller. Dieser begründet seine Teilnahme damit, dass die Schweiz und Kasachstan in derselben Stimmrechtsgruppe des Währungsfonds seien.

Als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission habe er sich ein Bild von dem Land machen wollen, insbesondere weil der Schweiz vorgeworfen werde, sie kooperiere mit einem korrupten Land.

Einige Wochen später traf sich Müller zusammen mit anderen Nationalräten in Bern erneut mit einer kasachischen Delegation, der erneut Peruaschew angehörte. Allerdings hielt sich das Interesse der Schweizer Parlamentarier auch bei diesem Treffen vom 19. Juni 2014 in Grenzen (siehe Bild). Das Foto vom Essen in Bern zeigt – stehend von links – Walter Müller, Christian Miesch, Geri Müller (Grüne, AG) sowie Hansjörg Walter (SVP, TG). Zwischen Geri Müller und Walter steht Peruaschew. Vorn in der Mitte sitzt die Organisatorin des Treffens, Marie-Louise Baumann. Geri Müller sagte auf Anfrage, er habe am Essen teilgenommen, weil er Mitglied der Aussenpolitischen Kommission sei. Er habe die Devisen, mit allen politischen Vertretern anderer Staaten zu reden.

Anzeige

23 Kantone haben die Erbschaftssteuer für eigene Kinder nicht abgeschafft, damit sie durch die Hintertür wieder eingeführt wird.

Überparteiliches Komitee «Nein zur neuen Bundessteuer auf Erbschaften»
Postfach 5835, 3001 Bern
Erbschaftssteuer
NEIN
www.erbschaftssteuer-nein.ch